

# WAS BRINGT ENTEIGNUNG?

- 
- ▶ **WOHNEN**
  - ▶ **GESUNDHEIT**
  - ▶ **ENERGIE**

Cum-Ex-Skandal: Die SPD, die Bank und die Spenden

Seite 4

Obdachlosigkeit vollständig abschaffen bis 2030 - geht das?

Seite 5

Corona: Die große Sozialbilanz für Hamburg

Seite 6

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL



Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

die Privatisierung der Energieversorgung, von Krankenhäusern und Wohnungen gehört zu den katastrophalsten Fehlern der Hamburger Politik seit 1945. Für ein paar – schnell wieder ausgegebene – Euros wurden nicht nur gigantische Sachwerte verschleudert. Wichtige Bereiche der Daseinsfürsorge sind seitdem den Regeln des Marktes ausgeliefert. Und die sind bekanntlich erbarmungslos. Die Hamburger Pflegeheime wurden gleich mehrfach zu Spekulationszwecken verkauft. Der Atomkonzern Vattenfall kann mit seiner Marktmacht die Energiewende blockieren. Und der Kostendruck in den Krankenhäusern wird immer brutaler.

DIE LINKE meint: Wohnen, Umwelt und die Gesundheit der Menschen dürfen kein Spekulationsobjekt sein! Wir setzen uns deshalb dafür ein, die verheerende Privatisierungspolitik vergangener Zeiten rückgängig zu machen. Doch so einfach es ist, staatliche Werte meistbietend zu verschleudern, umso schwieriger ist die Rekommunalisierung. Denn natürlich geben die Konzerne ihr billig erworbenes Eigentum nicht einfach so wieder heraus. Der Berliner Volksentscheid, bei dem fast 60 Prozent für die Enteignung großer Wohnungskonzerne stimmten, ist deshalb ein ermutigendes Zeichen. Wenn wir uns alle zusammenschließen, kommen wir sogar gegen das große Geld an.

**Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus**

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



DIE GROSSE ENTEIGNUNGS-DEBATTE

# AUCH HAMBURG HAT EIGENBEDARF

Am 26. September wurde nicht nur der Bundestag neu gewählt. In Berlin sprach sich ein Volksentscheid für die Enteignung großer Wohnungskonzerne aus. Auch in Hamburg mehren sich die Stimmen, die weniger Markt und mehr Gemeinwohl wagen wollen.



In Berlin ist die Initiative zur Enteignung von Wohnungskonzerne eine Volksbewegung geworden

Der Berliner Volksentscheid ist ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik: Lange Zeit war es in Bundesländern und Städten üblich, Haushaltslöcher durch die Privatisierung kommunalen Besitzes zu stopfen. Das brachte schnelles Geld, sparte Betriebskosten und Verwaltungsaufwand ein – und Staatseigentum galt ohnehin als Inbegriff rückschrittlicher Planwirtschaft. Doch viele der damaligen Deals haben sich als schlechtes Geschäft herausgestellt, bei denen der Staat kräftig draufzahlen musste. Auf wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens, Gesundheit, Energieversorgung und Wohnen, hat die Allgemeinheit kaum noch Zugriff, während Konzerne wie Vattenfall oder Asklepios nun große Gewinne mit den einst staatlichen Unternehmen absahnen.

**Die Stadt zurückholen**

Dass sich die Entwicklung nun umkehren könnten, dafür haben in Berlin mehr als eine Million Menschen gestimmt, die nicht mehr bereit sind, mit ihren Mieten die Taschen von Großkonzernen zu füllen. Enteignungen gehören zwar auch in der Bundesrepublik zum Repertoire staatlicher Politik – allerdings bisher nur, wenn damit beispielsweise der Bau von Straßen ermöglicht wird. Warum nicht mal zum Schutz von Mieter:innen enteignen?

Diese Frage stellen sich inzwischen auch viele Menschen in Hamburg. In einer Umfrage von Radio Hamburg sprachen sich 41 Prozent dafür aus, große Wohnungsunternehmen zu enteignen – nur 34 Prozent waren dagegen. Im Oktober trafen sich im Stadtteilzentrum Kölibri in St. Pauli rund 80 Interessierte, um zu überlegen, ob auch hier ein Volksentscheid wie in Berlin möglich ist. Gründe dafür gäbe es mehr als genug. Der Senat sperrt sich beharrlich dagegen, ernsthaft gegen die Spekulation mit Wohnraum vorzugehen. SPD und Grüne setzen vor allem auf Neubau – aber was nützen neue Wohnungen, wenn sie zu Preisen von 20 Euro kalt vermietet werden wie beim von Privatkonzernen geplanten Holstenareal? Klar ist: Die Bedingungen für Enteignungen sind andere als in Berlin. Die Forderung, Unternehmen mit über 3.000 Wohnungen zu enteignen, beträfe hier lediglich 30.000 Wohnungen – 4 Prozent des Bestandes in Hamburg. Es gibt weniger Mieter:inneninitiativen, die eine solche Kampagne stemmen könnten. Aber das Beispiel Berlin zeigt auch: Viele Menschen lassen sich aktivieren, wenn es darum geht, die Stadt zurückzuholen!

Das ist nicht nur für das Mietenproblem von Bedeutung. Beispiel Krankenhäuser: Seit der Übernahme durch Konzerne sind Personalmangel und Kostendruck noch einmal deutlich gestiegen – wie zuletzt während der Pandemie deutlich wurde. Auch

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es nicht ausgemacht, dass in Deutschland eine kapitalistische Wirtschaftsordnung etabliert wird. Angesichts der Unterstützung, die die Nazis durch das deutsche Großkapital erfahren hatten, erstrebten weite Kreise der Bevölkerung bis in die CDU eine sozialistische Gesellschaft. Mit Artikel 15 wurde im Grundgesetz die Möglichkeit dafür geschaffen. Der Artikel besagt: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung (...) in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“



INTERVIEW

**Ja!** 59,1%  
**Nein** 40,9%

## »Etwas Grundlegendes verändern!«

Der Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ ist ein Erfolg gelungen, der für viele Menschen in Berlin langfristig bezahlbare Mieten bedeuten könnte. Wie ist es dazu gekommen und was passiert jetzt? Darüber sprachen wir mit Christoph Koth von der Initiative.

**Backbord: Warum wollt Ihr große Wohnungsunternehmen enteignen?**

**Christoph Koth:** Wie in allen großen Städten steigen die Mieten auch in Berlin immer mehr. Insbesondere in der Wirtschaftskrise sind Wohnungen als Anlageobjekte interessant geworden. In London z.B. ist dieser Prozess schon viel weiter fortgeschritten. In Berlin gibt es seit über zehn Jahren eine große Mieter:innenbewegung. Die konnte zwar einige Erfolge feiern, aber bisher hat sie es nicht geschafft, dem Mietenanstieg etwas entgegenzusetzen. Irgendwer hatte dann die tolle Idee, Artikel 15 des Grundgesetzes auszugraben (s. Kasten). Der macht es möglich, große Immobilienunternehmen, die mit Wohnungen an der Börse spekulieren, zu enteignen und damit etwas Grundlegendes zu verändern.

**Backbord: Was war ausschlaggebend für den Erfolg eurer Initiative?**

**Christoph Koth:** Die Kampagne ist nicht vom Himmel gefallen. Wichtig war zum einen die jahrelangen Erfahrungen der Mieter:innenkämpfe. Zum anderen ist unsere Forderung für viele Menschen in der Stadt nachvollziehbar: 85 Prozent der Berliner:innen wohnen zur Miete. Dementsprechend erfahren die meisten Menschen in der Stadt das Mietenproblem am eigenen Leib. Wir haben unsere Kampagne über Jahre sehr strukturiert aufgebaut und dabei die Wege des klassischen Aktivismus verlassen, der vor allem darin besteht, Demonstrationen zu organisieren. Kiezteams haben es zum Beispiel ermöglicht, niedrigschwellig mitzumachen und für viele Menschen in der Stadt ansprechbar zu sein.



Christoph Koth aus Berlin

**Backbord: Wie denkst Du, wird es jetzt weitergehen?**  
**Christoph Koth:** Der Ball liegt jetzt beim zukünftigen Senat. Die Parteien, die in Berlin Koalitionsgespräche führen, haben mehrheitlich kein Interesse, den Volksentscheid umzusetzen. Sie wollen die Enteignung auf die lange Bank schieben und eine Expert:innenkommission ins Leben rufen, die erstmalig überprüfen soll, ob die Enteignung rechtens ist. Dabei gibt es diverse Gutachten, die das belegen. Für uns ist die Frage nicht, ob enteignet wird, sondern wie. Dafür müssen wir jetzt politischen Druck aufbauen. Eine Million Menschen haben für die Vergesellschaftung von Wohnungen gestimmt, nicht für runde Tische mit Immobilienunternehmen.



Erste Treffen gab es schon: Auch in Hamburg hat sich eine Enteignungs-Initiative gegründet

## Schlechte Geschäfte Wie CDU, SPD und Grüne Hamburgs Tafelsilber verschleuderten

- Hein Gas** 2003 Verkauf der Hamburger Gaswerke u.a. an den Großkonzern E.ON Energie.
- SAGA-Wohnungen** Ab 2002: Verkauf von etwa 3.500 Wohnungen. Stopp erst 2021 auf Initiative der LINKEN.
- Pflegen & Wohnen** 2007 Verkauf von Hamburgs Pflegeheimen an einen privaten Träger, danach Spekulationsobjekt u.a. des US-Konzerns Oaktree. Gehört inzwischen dem „Deutsche Wohnen“-Konzern.
- Krankenhäuser** 2005 Übernahme der meisten Hamburger Krankenhäuser durch den Asklepios-Konzern. 2016 deckte der „Spiegel“ auf, wie sich die Stadt beim Verkauf über den Tisch ziehen lassen.
- HEW** 2002 Verkauf der Hamburger Elektrizitätswerke an den Vattenfall-Konzern, der bis heute zu den größten Bremsern beim Klimaschutz und bei der Energiewende zählt.
- Terminal Tollerort** 2021 Verkauf von 35% der Anteile an den chinesischen Reedereikonzern Cosco. Die Arbeitnehmer:innen befürchten massive Nachteile.
- hamburg.de** 2007 Verkauf des Stadtportals u.a. an den Axel-Springer-Verlag („Bild“, „Bild am Sonntag“, „Welt“). Heute nur noch Minderheitenbeteiligung der „Haspa“.

CUM-EX-SKANDAL

# OFFENE TÜREN UND OFFENE HÄNDE

Hamburgs SPD tief im Warburg-Sumpf – ließ sie sich ihren Flirt mit den Bankern bezahlen?

Ganz weit hat Hamburgs SPD jede Verantwortung für den Cum-Ex-Skandal rund um die Warburg-Bank von sich gewiesen. Immer wieder. Alles korrekt gelaufen, niemand lag falsch! Schon gar nicht der damalige Bürgermeister Olaf Scholz. Oder der jetzige Bürgermeister Peter Tschentscher. Und der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) der Bürgerschaft? Olle Kamellen, hat sich alles erledigt.

Und dann kam der 28. September. Es klingelte beim notorischen Strippenzieher der Hamburger Sozialdemokratie, bei Johannes Kahrs: Auf der Matte standen Polizei und die Kölner Staatsanwaltschaft. Der Vorwurf: Es gebe Anhaltspunkte für strafrechtlich relevantes Verhalten. Es geht um Begünstigung. Was der Volksmund so Bestechung nennt. Und nicht nur Kahrs bekam Besuch: Auch Alfons Pawelczyk, der SPD-Altmeister aller klebrigen Hinterzimmer-Deals, bekam unerbetenen Besuch. Der Plan der Staatsanwaltschaft: Beweise sichern, bevor die plötzlich verschwinden.

Es geht um einen gigantischen Steuerraub: Hamburgs Warburg-Bank hatte den Fiskus systematisch betrogen. Die windigen Geschäfte rund um die Rückerstattung von Steuern, die die Bank gar nicht bezahlt hatte, kosteten Hamburgs Steuerzahler:innen 100 Millionen Euro. Und als es an Rückforderungen ging, verzichtete das Finanzamt großzügig.

Doch bei den Razzien ging es auch um einen anderen Aspekt dieses Skandals: Hatte die SPD profitiert vom rätselhaften Unwillen des Hamburger Fiskus', den Privatbankern ihre Beute wieder abzunehmen? Ist also Hamburgs Regierungspartei schlicht käuflich? Die Indizien sprechen dafür: 2016 und 2017 verschafften Kahrs und Pawelczyk Bankboss Christian Olearius Gesprächstermine bei Bürgermeister Scholz. Der reichte dann einen Brief der Bank an den damaligen Finanzsenator Peter Tschentscher weiter. Und der gab ihn dem zuständigen Finanzamt. Das gleich drauf entschied, die geklauten Abermillionen eben doch nicht zurückzufordern.

Ob – und wenn ja: wie – dies alles miteinander zusammenhängt, ist Thema des PUA. Neu ist aber: Kaum hatte sich das Finanzamt entschieden, den Warburgs ihren Steuerraub tatsächlich durchgehen zu lassen, flossen laut Abendblatt 45.500 Euro aus der Bank und deren Umfeld an die Hamburger SPD. Der Großteil des Geldes landete 2017 im Kreisverband Mitte. Vorsitzender damals: Johannes Kahrs.

Ganz besonders unschön: Kahrs hat ein Händchen für anrühige Deals. Und nachdem der damalige SPD-Wehrexperte sich seine Liebe zur Rüstung von der Waffenindustrie mit Spenden an seinen Kreisverband vergolden ließ, wurde das selbst den Genoss:innen zu bunt: Seit 2011 muss der Landesvorstand über Spenden an die Hamburger SPD entscheiden. Damit ist jetzt aber auch klar, dass die Sozialdemokrat:innen kein Problem



Hatten kein Problem damit, Parteispenden der Warburg-Bank anzunehmen: Olaf Scholz und die SPD

mit den Schecks der Bank hatten. Und, mehr noch: Im Landesvorstand saßen zum fraglichen Zeitpunkt Milan Pein und Mathias Petersen – der eine ist jetzt SPD-Obmann im PUA, der andere sogar der PUA-Vorsitzende. Und eben auch Tschentschers Nachfolger als Finanzsenator war dabei – also Andreas Dressel. Und alle winkten die Spenden durch – obwohl den Beteiligten hätte klar sein müssen, dass die Warburg gerade eine Straftat begangen hatten.

„Die Parteispenden stehen offensichtlich im direkten Zusammenhang mit der Lobbyarbeit des damaligen Bundestagsabgeordneten Kahrs und des ehemaligen Innensensors Pawelczyk, die Türöffner beim Senat für die Warburg-Bank waren“ – da ist sich Norbert Hackbusch, Obmann der Linksfraktion im PUA, sicher. Alles olle Kamellen also? Alles längst widerlegt? Die Razzien am 28. September haben gezeigt, dass die Kölner Staatsanwaltschaft das völlig anders sieht. Und die SPD in neue Erklärungsnot bringt. Zumal ihre Vertreter im Untersuchungsausschuss nach den neuen Erkenntnissen selbst in den Skandal verwickelt sind.

Die LINKE hat Hamburgs SPD aufgefordert, endlich alle Spenden der Steuerräuber vom Ferdinandstor offen zu legen. Fest steht: Es gibt jede Menge Aufklärungsbedarf rund um die unheimliche Nähe der Sozialdemokrat:innen zur Warburg-Bank.

## DIE LINKE bleibt sauber

**3,3** Millionen Euro hat die Union bislang in den Jahren 2020/2021 auf Bundesebene an Großspenden kassiert. Großspenden – das heißt, Einzelbeträge von mehr als 50.000 Euro. Das ist nicht die Portokasse, und wer solche Summen spendet, verbindet das wohl auch mit der Hoffnung auf guten Willen auf Seiten des Empfängers. Platz 2 der deutschen Zuwendungscharts geht an die FDP: Die Liberalen ließen sich ihre „Wirtschaftsfreundlichkeit“ mit gut zwei Millionen Euro von eben jener Wirtschaft honorieren. Immerhin 1,8 Millionen Euro kassierten die Grünen von begüterten Privatpersonen und Verbänden, 100.000 Euro die AfD – jedenfalls offiziell, denn was die Rechtsextremisten sonst noch so wegstecken, ist ja gern mal ein Thema für Staatsanwaltschaften. Die SPD erhielt 50.000 Euro. Und die Linken: null. Und das ist kein Zufall – das soll so! Die Satzung der LINKEN hält nämlich fest: „Die Partei verzichtet grundsätzlich auf Unternehmensspenden.“ Und mehr noch: DIE LINKE fordert, Parteipatronage und Parteispenden von Unternehmen komplett zu verbieten. Weil's sauberer ist.

KAMPF GEGEN ARMUT



# OBDACHLOSIGKEIT BIS 2030 ABSCHAFFEN!

Das EU-Parlament und die Vereinten Nationen geben die Richtung vor: Sie wollen Wohnungslosigkeit innerhalb weniger Jahre vollständig beseitigen. Ist das zu schaffen?

So einfach könnte es gehen. Als während des Corona-Lockdowns die Situation der Obdachlosen zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit gelangte, fassten sich private Hilfsorganisationen ein Herz und mieteten Hotelzimmer für Menschen an, die von der Pandemie besonders bedroht waren und die keine Möglichkeit hatten, sich an Social Distancing und Ausgangssperren zu halten. Doch obwohl die Erfahrungen damit durchweg positiv waren, bleiben Hamburgs Behörden dabei: Obdachlose werden auch weiterhin vorwiegend in Massenunterkünften untergebracht. Damit ist auch in diesem Jahr klar: Das Problem der Obdachlosigkeit wird in Hamburg nicht grundlegend angepackt, sondern vor allem verwaltet. Anstatt mutig das vielversprechende Konzept

„Housing First“ einzuführen – die voraussetzungsfreie Unterbringung von Betroffenen – bleibt es bei einem bescheidenen Modellprojekt mit 30 Plätzen.

Dabei sollte sich doch eigentlich ganz viel ändern! Zum einen verpflichten die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen alle Mitgliedstaaten dazu, Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 zu beenden. Zum anderen hat das EU-Parlament im November 2020 eine Resolution verabschiedet, die das gleiche Ziel hat.

Tatsächlich aber hat sich die Situation in Hamburg in den letzten Jahren sogar noch verschlechtert. Geschätzt mehr als 2.000 Menschen leben auf der Straße – eine Steigerung um 86 Prozent seit 2009! Hinzu kommen mehr als 17.700 Menschen, die in den öffentlich-rechtlichen Wohnunterkünften leben,

weil sie ebenfalls keine Wohnung haben. Außerdem steigt – auch bedingt durch Corona – die verdeckte Wohnungslosigkeit, zum Beispiel von so genannten „Couchsurfern“. Das sind oft junge Leute, die mal hier, mal dort bei Bekannten übernachten, weil sie keine andere Bleibe mehr haben.

Auch für sie wäre ein niedrigschwelliges Angebot dringend notwendig. Doch ist eine grundsätzliche Änderung der Politik bislang nicht in Sicht. Weder gibt es eine Selbstverpflichtung des Senats, die Zahl der Menschen in Obdachlosigkeit in den nächsten Jahren drastisch zu reduzieren, noch konkrete Handlungsvorschläge. Ein entsprechender Antrag der LINKEN wurde in der Bürgerschaft mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

## Das fordert DIE LINKE

Masterplan „Beendigung der Obdachlosigkeit bis 2030“ nach Berliner Vorbild

dezentrale Unterbringung statt Massenunterkünfte

Strom- und Wassersperren stoppen

Housing First: voraussetzungslose Vergabe von Wohnraum an Bedürftige

Anmietung von Zimmern in Hotels, Pensionen oder Jugendherbergen

anonymer und voraussetzungsloser Zugang zu allen Hilfsangeboten

Stärkung der aufsuchenden Sozialarbeit

## »Wir müssen radikal umdenken«

Interview mit Stephanie Rose, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion Hamburg

Backbord: Obdachlosigkeit bis 2030 abzuschaffen: Ist das überhaupt möglich?

Stephanie Rose: Ich glaube fest daran. Wenn wir uns wirklich anstrengen würden, könnte das klappen.

Backbord: Bis 2030 sind es gerade mal neun Jahre. Und das Problem ist den in den vergangenen Jahren eher größer als kleiner geworden.

Stephanie Rose: Das ist richtig. Corona hat die Lage vieler Menschen verschärft. Aber man muss sich Ziele setzen. Deshalb finde ich es richtig, eine konkrete Jahreszahl anzupfeilen. Auch in der Politik haben sich viel zu viele damit abgefunden, dass es Obdachlosigkeit gibt, und verwalteten das Problem nur noch. Ich halte das für falsch.

Backbord: Was müsste geschehen?

Stephanie Rose: Die Politik muss radikal umdenken und endlich neue Wege gehen. In Unterkünften für bis zu 400 Menschen auf engstem Raum sind Konflikte vorprogrammiert. Die Stadt gibt jedes Jahr mehr Geld aus, davon Hunderttausende für Security. Es wäre besser, das Geld zu nehmen, um dezentrale Unterbringungen zu finanzieren und den Zugang zu Wohnraum für obdachlose Menschen zu verbessern.

Backbord: Wie kann man sich das vorstellen?

Stephanie Rose: Die Stadt sollte viele kleinere Einrichtungen über die Stadt verteilt für deutlich weniger Menschen schaffen, Housing First muss zum Leitgedanken



Bürgerschaftsabgeordnete Stephanie Rose

werden. Ziel sollte sein, möglichst viele Menschen in dauerhaften Wohnverhältnissen unterzubringen.

Backbord: Ist das nicht viel zu teuer?

Stephanie Rose: Das glauben wir nicht. Unterm Strich sind Massenunterkünfte mit allen Folgekosten wahrscheinlich sogar noch teurer! Außerdem erweist sich eine vernünftige Unterkunft oft als erster Schritt, um wieder runter von der Straße zu kommen.

Backbord: Was könnte Hamburg tun?

Stephanie Rose: Wir brauchen einen Masterplan zur Beendigung der Obdachlosigkeit, so wie Berlin ihn bereits vorgelegt hat. Dazu sollte sich die Politik schleunigst mit Betroffenen und der Stadtgesellschaft an einen Tisch setzen.

### CDU/CSU bleibt Spendenspitzenreiterin

Summe der Großspenden\* an Parteien im Bundestag 2020/2021 (in Euro)



\* Als Großspenden gelten alle Spenden ab 50.000 Euro  
Stand: 01. Juli 2021  
Quelle: Deutscher Bundestag



SOZIALE FOLGEN DER PANDEMIE IN HAMBURG

# CORONA: DIE BILANZ

Was macht Corona mit uns? Wie verändert sich die Gesellschaft, wer leidet am meisten unter den Belastungen und wo haben die Maßnahmen tatsächlich geholfen? Hamburg fehlt es zu diesen Fragen an Zahlen und Fakten – die Linksfraktion hat daher bei dem Bremer Sozialwissenschaftler René Böhme eine Studie in Auftrag gegeben.

## Arbeit

Corona hat die Spaltung in Hamburg noch einmal vertieft. Soll heißen: Gerade Menschen, die vorher schon hart zu kämpfen hatten, wurden nun zusätzlich belastet. Dazu gehören Geringverdiener:innen auf dem Arbeitsmarkt. Und: **Die Krise hatte Hamburg schlimmer getroffen als andere Städte.** Denn die Wirtschaft der Stadt lebt neben Hafen und Luftfahrt von Gastronomie, Kultur und Tourismus – und gerade hier arbeiten viele Menschen mit Mini-Jobs, in Teilzeit oder Leiharbeit. Sie profitierten nicht vom Kurzarbeitergeld, sondern verloren ihren Arbeitsplatz ganz. Was auch das soziale Gefälle zwischen den Stadtteilen weiter verstärkte: Wo vor der Krise schon viele Bezieher:innen von Hartz IV lebten, hat sich ihre Zahl nochmal drastisch erhöht. Gut verdienende Beschäftigte hatten hingegen kaum Einbußen zu beklagen – zum Teil stiegen ihre Gehälter sogar.



## Gesundheit



Ist das Virus in Billstedt bösartiger als in Nienstedten? Natürlich nicht. Und trotzdem ist die Zahl der Infizierten, schwer Erkrankten und Verstorbenen dort – ebenso wie in Wilhelmsburg, Jenfeld und auf der Veddel – ungleich höher. Die Menschen leben enger zusammen, statt im Homeoffice arbeitet man unverändert in großen Betrieben und das Vertrauen in Gesundheitskampagnen ist oft weniger ausgeprägt. **Gleichheit vor der Pandemie gibt es nicht.** Der Abstand zwischen Stadtteilen mit hoher und niedriger Hartz IV-Quote hat sich im Laufe der Krise sogar noch erhöht. Nicht nur Beschäftigte in Pflegeberufen geraten an ihre Grenzen. Alle Berufswege sind betroffen, in denen eine hohe körperliche Belastung mit geringer Bezahlung verbunden ist und in denen gesundheitliche Risiken auch wegen oft unzureichender Schutzmaßnahmen hoch sind, zum Beispiel Einzelhandel, Logistik, Verkehr.

## Gleichstellung

Wenn Job, Kita und Schule plötzlich unter einem Dach stattfinden und Job und Familie noch um die Berufe Erzieher:in, Lehrer:in und manchmal Pfleger:in ergänzt werden müssen, sind die Kapazitäten irgendwann erschöpft. Studien zufolge ist die Betreuungszeit bei Müttern während der Pandemie um 2,9 Stunden und bei Vätern durchschnittlich um 2,5 Stunden gestiegen. Allerdings kümmerten sich die Mütter vorher schon deutlich mehr – zum einen um die Familie, aber auch um pflegebedürftige Angehörige. Der zusätzliche Aufwand ging in der Pandemie oft zu Lasten der Zeit am Arbeitsplatz. Frauen waren überproportional von Arbeitszeitreduktion betroffen, und da viele in Berufen tätig sind, die besonders unter der Corona-Krise litten, wurden sie häufiger arbeitslos. **Für viele Frauen sind die eigenen vier Wände kein sicherer Ort.** Durch die Pandemie hat sich auch hier die Lage verschärft. Besonders problematisch war die Zeit für Alleinerziehende, deren soziales Netzwerk plötzlich nicht mehr zur Verfügung stand und die nach Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder suchten.



## Bildung

Die Schließung von Kitas und Schulen im Lockdown wird langfristig schwere Folgen haben. Wer schon vorher auf Unterstützung angewiesen war, ist zusätzlich ins Hintertreffen geraten. Auch wenn noch keine verlässlichen Studien vorliegen, lassen die Erfahrungen von längeren Lernpausen Schlimmes befürchten, **vor allem für Kinder aus sozial benachteiligten Familien.** Angefangen bei Sprachkenntnissen über motorische Fähigkeiten bis zur Beherrschung des jeweiligen Stoffpensums: Nur vier Stunden pro Tag betrug die ermittelte Lernzeit während des Homeschoolings. Dazu kommt ein großer Unterschied in der Qualität und Verfügbarkeit der Lernmittel – Gymnasien waren in Hamburg sehr viel besser ausgestattet als Grund- und Stadtteilschulen.



## ...und jetzt kommen die Kürzungen!

Die Corona-Pandemie ist nicht vorbei – und die Folgen für unsere Stadt erst recht nicht. Denn in den kommenden Jahren will der Senat das Geld, das während der Pandemie für die Stützung der Wirtschaft ausgegeben wurde (allein für Konzerne wie Lufthansa, Adidas und TUI zahlte der Staat Milliarden), wieder einsparen. Weil die so genannte „Schuldenbremse“ eine Abfederung durch Kredite verbietet, sind Kürzungsmaßnahmen vorprogrammiert. Laut Medienberichten könnten bereits die Hamburger Haushalte 2023 und 2024 um 1,5 bis 2 Milliarden Euro schrumpfen – die Stadt wird also 4-5 Prozent weniger Geld ausgeben. Geld, das vor allem im sozialen Bereich, aber auch bei Polizei, Feuerwehr und Kultur fehlen wird. In einer Zeit übrigens, in der die Vermögen der Reichen stärker angestiegen sind als je zuvor. Deshalb fordert DIE LINKE: Schuldenbremse dauerhaft aussetzen, Steuern rauf für Superreiche!

## Was sich ändern muss

Der **Mindestlohn** sollte bei **13 Euro** liegen und regelmäßig an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Durch ein **Aufstocken der Grundsicherung** mit einem Ortszuschlag können wir den hohen Lebenshaltungskosten in unserer Stadt begegnen.

Ein **Mindestkurzarbeitergeld** muss eingeführt werden, es sollte mindestens **1.200 Euro** für ein Vollzeitverhältnis betragen.

Eine **Vermögensabgabe** kann dabei helfen, die Folgen der Krise zu finanzieren. Außerdem sollte die **Vermögenssteuer** wieder eingeführt werden, um die unteren Einkommensklassen zu entlasten.

Für **Langzeitarbeitslose** und **Leistungsberechtigte** von Arbeitslosengeld II müssen Maßnahmen des Jobcenters echte **berufliche Qualifikation** vermitteln, um Chancen zu schaffen, wieder einen guten Arbeitsplatz zu finden.

**Geförderte Beschäftigungsverhältnisse** sollten nach dem Teilhabechancengesetz um **3.000 Plätze** aufgestockt werden, **Jobs entfristet** und **Löhne** in städtischen Unternehmen angehoben werden.

Trotz des Anstiegs von häuslicher und sexualisierter Gewalt wurden **Frauenhäuser und Beratungsstellen** in der Corona-Krise allein gelassen – hier ist jetzt massive Unterstützung nötig.

Das Konzept des **„Gender-Budgetings“** – eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung – sollte auch auf die Corona-Finanzhilfen übertragen werden.

An der Umsetzung der **Istanbul-Konvention** zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hapert es unverändert. Sie darf nicht an fehlender Finanzierung scheitern.

Stärkere **Förderung von Stadtteilgesundheitszentren** wie zum Beispiel der Poliklinik auf der Veddel. Bedarfsgerechter Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung für Kinder und Jugendliche.

Nirgendwo sonst in Deutschland sind die Ausbildungszahlen so stark zurückgegangen wie in Hamburg. Deshalb **mehr staatlich gestützte Ausbildung**, zum Beispiel in einem „Ausbildungshotel“.

Kinder und Jugendliche in Schulen entlasten, **Leistungsdruck rausnehmen** und Unterstützung anbieten, zum Beispiel durch notenfreie Zeugnisse oder die Bildung kleiner Lerngruppen.

Ein **„Hamburg-Pass“ für Bedürftige** und eine kostenlose Nutzung des HVV für eine bessere Teilhabe aller am kulturellen Leben.

## OPPOSITION IM PARLAMENT

# KEINE LINKE IST AUCH KEINE LÖSUNG

Nur 4,9 Prozent bei der Bundestagswahl: Das war eine krachende Niederlage. **8 Gründe**, warum DIE LINKE in den Parlamenten weiterhin wichtig ist, auch hier in der Hamburgischen Bürgerschaft:



**1. Knallharte Opposition**  
Senat und Bürgermeister reden viel und tun viel zu wenig. Zum Beispiel gegen hohe Mieten, Armut und Luftverpestung. Wir lassen ihnen das nicht durchgehen! In der Bürgerschaft machen wir Woche für Woche Dampf – auch mit eigenen Vorschlägen und Gesetzentwürfen.

**2. Transparenz für alle**  
Ob HSH Nordbank, Polizeigewalt oder Cum-Ex-Tricksereien: Unsere Recherchen und Anfragen haben schon so manchen Skandal ans Licht gebracht. DIE LINKE schaut den Mächtigen auf die Finger, auch wenn ihnen das unangenehm ist.

**3. Soziales Gewissen**  
Egal, ob GroKo, Rot-Grün oder Ampel: Wir achten darauf, dass SPD und Grüne ihre Versprechen nach der Wahl nicht wieder „vergessen“ und setzen sie immer wieder auf die Tagesordnung.

**4. Klarer Kurs gegen Rechts**  
Keine Zusammenarbeit, keine Kompromisse mit AfD und Nazis: Dabei muss es bleiben. Wir achten darauf, dass sich niemand an rechte Hetze gewöhnt.

**5. Einsatz für die „kleinen Leute“**  
Politik für die Interessen der Elbchaussee: Das können die anderen besser. Wir hingegen setzen uns für diejenigen ein, die sonst wenig Gehör finden – Minderheiten, Arbeitslose, Menschen ohne Geld. Auch sie brauchen eine Stimme im Parlament!

**6. Garantierte Unabhängigkeit**  
Gekaufte Politik? Nicht mit uns! Die LINKE ist die einzige Partei, die keine Spenden von Industrie und Konzernen annimmt (siehe Seite 4). Nur das macht unabhängig vom großen Geld.

**7. Gemeinsam kämpfen**  
DIE LINKE arbeitet eng mit außerparlamentarischen Initiativen in den Stadtteilen zusammen und bringt ihre Anliegen in die Bürgerschaft ein. Wir unterstützen Volksbegehren und Volksentscheide wie NOlympia oder für einen Stopp von Rüstungsexporten.

**8. Kompromissloser Klimaschutz**  
Die Klimakatastrophe lässt sich nicht aufhalten, indem man den Kapitalismus ein bisschen grün anmalzt. Wer einen echten Kurswechsel will, darf das Problem nicht auf individuelle Konsumentscheidungen abwälzen, sondern muss sich mit den Konzernen anlegen, die unsere Luft verschmutzen. Diesen Mut hat nur DIE LINKE.

### IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft  
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: [info@linksfraktion.hamburg.de](mailto:info@linksfraktion.hamburg.de) | Web: [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

Twitter: [twitter.com/linksfraktionhh](https://twitter.com/linksfraktionhh) | Facebook: [fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg](https://fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg) | Instagram: [instagram.com/linksfraktionhh](https://instagram.com/linksfraktionhh)

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • [www.karindesmarowitz.de](http://www.karindesmarowitz.de)

Fotos: Christop Braun/CC0 1.0 (S. 8: Plenarsaal) | Karin Desmarowitz (S. 5: Stephanie Rose; S. 6: Arbeit, Gesundheit, Gleichstellung) | DIE LINKE (S. 2: Fraktionsvorsitzende; S. 3: Hamburg: Jetzt enteignen wir!) | Dilok/AdobeStock (S. 4: Hand mit Münze) | Halfpoint/iStock (S. 7: Bildung) | Uwe Hixsch/Flickr/CC BY-NC-SA 2.0 (S. 2: Demo Berlin) | Thomas Koehler/BMF (S.4: Olaf Scholz)

